

Steuern hoch! Steuern hoch?

12.9. 2011

Bund und Länder erzielen derzeit infolge der noch gut laufenden Konjunktur unerwartet hohe Einnahmeüberschüsse, die Einkommen steigen, wenn auch nur leicht, und Deutschland erfüllt mühelos alle Defizitkriterien. Eigentlich wäre es eine gute Zeit, von der untergehenden FDP einen letzten Zuruf in Form einer Steuersenkungsforderung zu erhalten.

Doch stattdessen erleben wir eine mediale Schlacht für Steuererhöhungen. Losgetreten wurde sie Anfang September von der SPD mit dem "Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung"¹. Schließlich bereitet man sich auf die nahende Regierungsverantwortung vor und braucht für alle Wahlversprechen natürlich Geld, viel Geld. Und da derzeit selbst dem erwartungsvollsten Wähler wohl Bedenken der Aussage „mehr Schulden wagen“ kommen würden, müssen eben her. Je mehr, desto besser und „gerechter“. Derart in Vorfreude geraten, bescheinigte sogar der Spiegel der SPD einen gewissen „Steuererhöhungsrausch“².

Gleichzeitig drängten über den eigenen Reichtum erschrockene Millionäre – immerhin vier davon hat der Focus gezählt – spontan und nach amerikanischem Vorbild in die Medien^{3,4}. Im Gegensatz zu ihren Leidensgenossen jenseits des Atlantiks ist jedoch keiner unter ihnen jemals durch eine übertriebene Spendenneigung aufgefallen. Und so verkündeten sie auch, sie wollten zwar unbedingt höhere Steuern zahlen, allerdings nur dann, wenn es alle tun müssen – und das wiederum auch nur, wenn das Geld für den Schuldenabbau genutzt wird. Zu Ende gedacht haben sie diesen Vorschlag sicher ebenso wenig wie diejenigen, die ihn bejubeln. Darin steckt ja auch die Forderung, dass die, welche die Steuern zahlen, auch bestimmen, wofür das Geld ausgegeben wird – schlechte Zeiten also, welche auf Deutschlands erdrückende Mehrheit der Nichtsteuerzahler⁵ und die gestaltungswütigen und dauerrettenden Politiker zukommen würden.

Und so wird die alte Untugend des Schuldenmachens noch nicht ganz aufgegeben. Das fällt zugegeben schwer. Auf der einen Seite mag sich selbst in den seit zehn Jahren antizyklisch agierenden USA ein Erfolg von Geld- und Schuldenexplosion nicht so recht einstellen, auf der anderen ist in Europa die Erkenntnis der zersetzenden Kraft öffentlicher Schulden kaum noch aus dem öffentlichen Bewusstsein wegzudiskutieren. Dennoch, das ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus versucht es trotzdem⁶. Es kommt aus dem Saarland, einem seit seinem Beitritt Zuschüsse absorbierenden Bundesland. So schwingt sicher auch ein wenig Selbstrechtfertigung mit, wenn aus der eigentlich richtigen Aussage, dass die Summe aller Schulden gleich der Summe aller Geldvermögen ist, sogar eine Notwendigkeit öffentlicher Verschuldung abgeleitet wird. Als ob sich die Staaten einzig aus Verzweiflung und widerwillig verschuldet haben, nur um die Überschüsse einer sparwütigen Bevölkerung abzufangen.

Wie auch immer, Steuererhöhungen und/oder neue Schulden, Deutschlands Regierende im Wartestand und wohl auch die im Amt (von anderen Ländern ganz zu schweigen) glauben, ihren Job nur mit immer mehr Geld erledigen zu können. Damit sind sie aber nicht Löser von Problemen sondern meist deren Verursacher oder mit dem Worten von Milton Friedman „Eine Regierungslösung für ein Problem ist in der Regel so schlecht wie das Problem selbst“ und er empfiehlt als Therapie: „Der einzige Weg, um das Verhalten der Politiker zu ändern, ist, ihnen das Geld wegzunehmen.“

¹ http://www.spd.de/aktuelles/News/17158/20110905_pakt_fuer_bildung_und_entschuldung.html

² <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,785467,00.html>

³ http://www.focus.de/finanzen/steuern/staatsverschuldung-millionaere-werben-fuer-hoehere-reichensteuer_aid_660818.html

⁴ <http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=8137832>

⁵ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neueste-zahlen-viele-deutsche-zahlen-keine-einkommensteuer-1.902322>

⁶ http://www.daserste.de/plusminus/beitrag_dyn-uid.17yb5x0y69sb1y9g-cm.asp